

Projektbericht/Dossier Urbane Entwicklungen Juli 2023

von Uta Grunert



Foto: Uta Grunert

Schwerpunkt: Stopp EU-Mercosur
Alternativgipfel zum CELAC Gipfel in
Brüssel

1. Aktuelles aus Brasilien (Seite 2)

- Marcha das Mulheres Negras in São Paulo und Projekte der Schwarzenbewegung Brasiliens
- Pará und Paraná: Beispiele im Kampf gegen Zwangsräumung und Vertreibung
- Soziales Wohnungsbauprogramm Minha Casa, minha vida neu aufgelegt
- Freier öffentlicher Nahverkehr: Regierung Lula und PT unterstützen die politische Forderung der Bewegung Passe Livre
- Studie belegt besorgniserregenden Anstieg der Gewalt gegenüber Frauen

2. Schwerpunktthema: Stopp EU Mercosur! Alternativgipfel zum CELAC Gipfel in Brüssel (Seite 6)

3. Aktuelles aus Deutschland und Europa (Seite 9)

- Runder Tisch Brasilien 2023: Dekoloniale Kämpfe
- Haus der Kulturen Berlin: Ausstellung O Quilombismo
- Initiative „Berlin aktiv im Klima-Bündnis“ engagiert sich für Munduruku

Die Erstellung des Dossiers wurde

Gefördert durch:
Brot
für die Welt
mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Mit finanzieller Unterstützung des
BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Aktuelles aus Brasilien

Marcha das Mulheres Negras in São Paulo und Projekte der Schwarzenbewegung Brasiliens

Am 25.7. fand der vierte Marsch Schwarzer Frauen in São Paulo statt, insgesamt reicht die Tradition dieser politischen Kundgebung bis 2015 zurück. Die Demonstrant*innen wendeten sich gegen Rassismus, Machismo, Gewalt, Ungleichheit und Hunger. Fünf Erfahrungen aus dem Alltag vieler Schwarzer Frauen in Brasilien. Die Demonstration suchte bewusst das Handelszentrum Brasiliens auf, das auf dem finanziellen Erfolg der Kaffeebarone des letzten Jahrhunderts begründet wurde. Die Marcha das Mulheres erinnert an die gewalttätige Seite der brasilianischen Kolonialgeschichte, die ihren Reichtum und Erfolg auf Sklaverei aufgebaut hat. Viele gesellschaftliche Ungleichheiten haben ihre Ursache in der kolonialen Vergangenheit des Landes und in der Unterdrückung bzw. Ausbeutung von Schwarzer oder Indigener Bevölkerung. Der Weg ist also noch weit, so die kämpferischen Parolen der Frauen heute.

Auch in Brasilia und Salvador fanden Demonstrationen Schwarzer Frauen statt. Die Schwarzen Frauen schreiben sich einen großen Anteil daran zu, dass die Unrechtsregime von Michel Temer und Jair Bolsonaro demokratisch beendet werden konnten. Sie haben stark unter den Öffentlichen Mittelkürzungen in den Bereichen Bildung, Alphabetisierung, Inklusion und Gesundheit gelitten, die diese Regierungen durchgedrückt haben.

Des Atlas der Ungleichheit¹ (Mapa das Desigualdades) wurde in fünfter Auflage im April vom Instituto de Estudos Socioeconômicos mit Unterstützung von Oxfam Brasil herausgegeben. Er zeigt, dass der Hauptstadtdistrikt rund um Brasilia (Distrito federal) ein Território negro ist, da sich 57,4% der Einwohner*innen als Schwarze Menschen definiert. Die Studie belegt gleichzeitig eine strukturelle Benachteiligung dieser Bevölkerungsmehrheit in Bezug auf Sanitäransbindung (Zugang zu Trinkwasser, Entsorgung von Abwasser), Ernährungssicherung, Zugang zu Bildungseinrichtungen, Bereitstellung von Öffentlichen Verkehrsmitteln und andere Bereiche, die Chancengleichheit in der gesellschaftlichen Teilhabe bedeuten. Für alle diese Bereiche ist der Staat bzw. die Kommunen zuständig.

Eine Studie der Getúlio Vargas Stiftung von 2023 analysiert die Konzentration von Reichtum in Brasilien. Sie zeigt, dass bezahlbarer Wohnraum immer in großer Distanz zu den Zentren und Arbeitsmöglichkeiten liegt. Die Mietpreisspanne reicht pro Einwohner von R\$ 23.241,00 (ca. 4400 Euro, zentrumsnah) bis zu R\$ 485,97 (ca. 92 Euro, ca. 15 km vom Arbeitsort). Schwarze Frauen sind daher die Hauptnutzer*innen von Öffentlichem Nahverkehr, um ihre Arbeitsstellen erreichen zu können.

Beim Festival Latinidades² in Brasilia wurden die strukturellen Benachteiligungen mit Ministerinnen des Bundesstaates, der Bevölkerung und auch der Schwarzen Jugend aus den Peripherien der Städte diskutiert. Das Festival wurde von INESC unterstützt und getragen. Es stellt eine Schnittstelle zwischen sozialwissenschaftlicher Analyse, Schwarzer Bevölkerung und politischen Mandatsträger*innen dar. Der Titel lautete "Bem viver, políticas públicas e urgências sociais" (Gutes Leben für alle, staatliche Verantwortung und soziale Notwendigkeiten). Das Festival fördert gleichzeitig Schwarze Kultur und leistet damit einen Beitrag zu einer Gesellschaft, die gerechter und diverser ist und mehr Chancengleichheit garantiert.

¹ <https://www.inesc.org.br/mapa-das-desigualdades-do-df-2022/>

² <https://www.brasildefatodf.com.br/2023/07/06/festival-latinidades-2023-e-o-bem-viver-da-cultura-negra-no-brasil-e-na-america-latina>

Pará und Paraná: Beispiele im Kampf gegen Zwangsräumung und Vertreibung

Die Kampagne Keine Räumungsklage! (Campanha Despejo Zero) wurde im Juni 2020 während der Coronapandemie gegründet. Sie setzt sich aus unterschiedlichen regionalen Kerngruppen zusammen, die alle mit Streit um Immobilien- Wohnungs- und Bodeneigentum zu kämpfen haben. Ihr Ziel ist es, zu verhindern, dass Menschen ihren Wohnraum verlieren und auf der Straße leben müssen.

Im Amazonasbundesstaat Pará droht laut ihren Angaben aktuell 81.064 Personen die Zwangsräumung wegen Grundstücksstreitigkeiten. Die Daten wurden von der Campanha Despejo Zero, dem Panorama urbaner Wohnungskonflikte Brasilien und der Bundesstaatsanwaltschaft Pará erhoben und ausgewertet. Die ermittelten Daten entsprechen über 20.000 Familien in Pará, von denen 9.667 in Belém leben.

Erst Anfang April fand unter der Begleitung von Terra dos Direitos³ ein Treffen des Zusammenschlusses/der Kampagne „Null Zwangsräumung Paraná“ und dem Städtebau-Ministerium statt. Beteiligt waren neben der Menschenrechtsorganisation Terra de Direitos Vertreterinnen der paranaensischen Basisgruppe für das Recht auf Wohnen MPM; der Bewegung der wohnungslosen Arbeiter*innen MTST; der Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST); der Arbeiter*innenbewegung für mehr Rechte MTD (Movimento de Trabalhadores por Direitos); der Union von Bewohner*innen und Arbeiter*innen (União de Moradores e Trabalhadores) sowie des Instituts für Basisdemokratie (IDP). Beteiligt waren außerdem Nationalvertreter*innen von MTST, MTD und der Nationalbewegung für den Kampf für Wohnraum MNLM (Movimento Nacional de Luta pela Moradia); die Nationalkonferenz der Bewohner*innenvereinigungen CONAM (Confederação Nacional das Associações de Moradores) und der Nationale Verband der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Familienlandwirtschaft CONTAG (Confederação Nacional dos Trabalhadores Rurais Agricultores e Agricultoras Familiares). Die Gruppe forderte Mediationsmaßnahmen und Konfliktlösungen für Tausende Familien, die von Zwangsräumungen bedroht sind. Betroffen sind Menschen sowohl in urbanen Zentren als auch in ländlichen Regionen. Mit einer Zwangsräumung wird das Menschenrecht auf Wohnen verletzt. Die Situation für Stadtbewohner*innen habe sich in den letzten Jahren extrem verschlechtert, der Abbau von Wohnungshilfen und Sozialprogrammen habe zu einer Verschärfung der Konflikte geführt. Die Zahl der wohnungslosen Menschen, die auf der Straße leben, sei deutlich angestiegen. Die Gruppe fordert analog zu anderen Konfliktlösungsmechanismen (Mediation bei Agrarkonflikten/MDA, Mediation bei Streitfällen um indigene Rechte/MPI) die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Wohnungsverluste. Der Minister sicherte der Gruppe zu, die Einrichtung einer solchen Stelle in die Wege zu leiten.

Eine der Prioritäten des Forderungskatalogs betrifft die Schaffung von Notfallhilfen für Familien/Betroffene von kollektiven Vertreibungen. Der Klimawandel verursacht an vielen Orten in Brasilien immer mehr Katastrophen (Erd- und Hangrutsche, Starkregen und Überschwemmungen, Wassermangel und extreme Trockenheit), die zu Wohnungsverlust führen. Hier braucht es eine Anlaufstelle, damit die betroffenen Menschen nicht auf der Straße landen.

Zwangsräumungen ohne vorherige Ankündigung, ohne richterlichen Beschluss, ohne Zeit, sich in Ruhe um eine alternative Wohnungslösung zu kümmern bestimmen den Alltag vieler Menschen in Brasilien. Solche Situationen wiederholen sich beispielsweise immer wieder bei comunidades in der Peripherie der Stadt Curitiba (Hauptstadt von Paraná) und anderen Städten der Metropolregion

³ <https://terradedireitos.org.br/noticias/noticias/em-reuniao-com-ministro-das-cidades-campanha-despejo-zero-cobra-criacao-de-instancia-de-mediacao-de-conflitos/23855>

Curitiba. Zur Metropolregion Curitiba gehören 29 Städte. Aber auch in anderen Städten Brasiliens ist diese Verletzung von Menschenrechten keine Seltenheit, da seit Juli letzten Jahres der richterliche Erlass zunehmend missachtet wird, während der Pandemie Zwangsräumungen auszusetzen und Familien/Betroffenen ihre Wohnung zu lassen, selbst, wenn sie die Miete nicht mehr bezahlen können.

Das Risiko von Räumungsklagen und Zwangsräumungen betrifft über 1 Million Menschen in ganz Brasilien, ein Großteil dieser Personen lebt in urbanen Räumen. Dies belegen Umfragen, die die Campanha Despejo Zero gemacht hat.

Soziales Wohnungsbauprogramm Minha Casa, minha vida neu aufgelegt

Das Sozialwohnungsbauprogramm Minha Casa, minha vida war 2009 in Lulas zweiter Amtszeit gestartet und erfolgreich Wohnungen für Familien und Personen mit niedrigem Einkommen gebaut. Unter der Regierung Bolsonaro war das Programm – wie viele andere Sozialprogramme – abgeschafft worden.

Nach Lulas Amtsübernahme 2023 wurde die Zusage aus dem Wahlkampf eingelöst und das Programm neu aufgelegt⁴. Zunächst war dies nur möglich über eine provisorische Maßnahme mit bevorzugter Behandlung durch eine gemischte Kommission aus Abgeordneten aus Kongress und Senat. 120 Tage später muss dann über das ausgehandelte Gesetz beschieden werden. Die MP 1.162/23) war unter Beratung von Bewegungen wie MTST⁵ zustande gekommen. Im Vorfeld waren dazu öffentliche Anhörungen in Brasilia und Sao Paulo organisiert worden, um die Erfahrungen und Bedürfnisse der Bewegung von Obdachlosen und für Würdiges Wohnen MTST und Bürger*innen einzusammeln und im Gesetz zu verankern.

Ziel des Wohnungsbauprogramms ist die Bereitstellung von sozialem Wohnraum mit garantiert günstigen Preisen. Damit grenzt es sich vom Immobilienmarkt ab, der über Verknappung und Spekulation hohe Mieten oder Kaufpreise für Wohnraum erzielt. Über das Programm haben Personen aus dem Kreis der Berechtigten die Möglichkeit, eine eigene Wohnung zu kaufen. Die Kredite dafür wurden von den staatlichen Banken Caixa Econômica Federal und Banco do Brasil bereitgestellt. Das neue System unterteilt Zugangsberechtigte Familien in drei Gruppen. Da mehr Anträge erwartet werden als Wohnungen angeboten werden können, entscheidet bei Gruppe 1 (Bruttofamilieneinkommen zwischen 2.000 und 2540 Reais/Monat) das Los über den Zuschlag. Die Regierung geht davon aus, dass die Hälfte der bereitgestellten Finanzmittel an diese Gruppe der sozial am stärksten Bedürftigen ausgeschüttet werden wird. Familien aus dieser Gruppe müssen beim zuständigen Rathaus einen Antrag stellen. Gehört man zu Gruppe 2 (2641 – 4.400 Reais/Monat Bruttofamilieneinkommen) oder 3 (4.400 bis 8.000 Reais/Monat Bruttofamilieneinkommen) besteht die Möglichkeit, die Wohnung in einer Computersimulation der Banken auszusuchen und an eigene Bedürfnisse anzupassen. Die Zahlen beziehen das vollständige Familieneinkommen ein und gelten für Familien, die bereits in der Stadt wohnen. In ländlichen Gegenden gelten andere Bezugswerte, die entlang des Jahresbruttofamilieneinkommens entwickelt wurden. Bei der Ermittlung des Einkommens werden Sozial- oder Versicherungsleistungen nicht mit eingerechnet (z.B. Bolsa Familia)

Die Forderungen der Bewegungen bezogen sich außerdem auf die Lage von neuen Siedlungen. In der Vergangenheit wurden diese häufig in den Peripherien und Außenzonen der großen Städte gebaut.

⁴ <https://www.cartacapital.com.br/sociedade/quem-tem-direito-o-que-muda-saiba-tudo-sobre-o-novo-minha-casa-minha-vida/>

⁵ Monika Ottermann, 25 Jahre MTST in Brasilien Nachrichten Nr. 167-2023

Dies führt zwar zu günstigen Wohnpreisen, aber das Pendeln zu einer Arbeit im Zentrum wird für viele zu kostspielig.

Es gab 3 wesentliche Veränderungen gegenüber dem früheren Programm: Die Zinssteuer für den Kauf von Immobilien wurde gesenkt. Der Zuschuss für Wohnungskäufe innerhalb des Programms wurde von 44.500 auf 55.000 Reais erhöht, er gilt für die Gruppen 1 und 2. Der Höchstpreis von verfügbaren Immobilien innerhalb des Programms (Gruppe 3) wurde auf 350.000 Reais angehoben.

Der Minister für Städte Jader Filho prognostiziert, dass die Neuauflage des Programms *Mein Haus, mein Leben* (MCMV) bis zum Jahresende 100.000 Personen erreichen wird.

Freier öffentlicher Nahverkehr: Regierung Lula und PT unterstützen die politische Forderung der Bewegung Passe Livre

10 Jahre nach den landesweiten Protesten, die nach wenigen Tagen aus dem Ruder liefen und für die damalige PT Regierung unter Präsidentin Dilma zum Alptraum wurden, überwindet die PT ihre Probleme mit Passe livre. Auslöser für Proteste in großen Teilen Brasiliens waren damals Proteste der Bewegung Passe livre aus São Paulo, die Möglichkeiten des kostenfreien öffentlichen Transports im Personennahverkehr fordert. Massive und grenzüberschreitende Polizeigewalt gegen die Demonstrant*innen war damals über die sozialen Medien schnell zum landesweiten Flächenbrand geworden. Später stellte sich heraus, dass die Protestwelle von rechten Kräften genutzt worden war, um die Politik von Präsidentin Dilma Rousseff zu destabilisieren und sie zu diskreditieren. Der Kontrollverlust über Proteste auf der Straße ist ein kritischer Moment für Politiker*innen, bei Dilma spitzte sich 2015 die Situation in einem parlamentarischen Putsch zu. Dieser läutete den erzwungenen Machtwechsel hin zur rechtsradikalen Ära Bolsonaro ein.

Die Bewegung Passe Livre selbst besteht nicht aus rechten Kräften, ihr Protest wurde instrumentalisiert und ist seither ein rotes Tuch für die Arbeiterpartei PT von Präsident Lula.

Allerdings ist die ÖPNV Situation in Brasilien durch die Pandemie und die danach explodierenden Lebenshaltungskosten zu einem extremen Problem für große Teile der Bevölkerung geworden. Der Weg zur Arbeit entwickelt sich zu einem Luxusfaktor, den sich viele Arbeitnehmer*innen nicht mehr täglich leisten können. In Curitiba kostete der Fahrschein zuletzt 6 Reais (knapp 1,20 für jedes einzelne Fahrzeug, Kombi- oder Verbundkarten existieren nicht). Arbeitnehmer*innen drohten ihre Arbeit zu verlieren und in den Teufelskreis von Armut, Zahlungsunfähigkeit und Wohnungsverlust abzurutschen.

Die Bewegung Passe livre⁶ hat seit 2013 einige Städten und politische Unterstützer*innen gewinnen können. Unter anderem wird sie seit langem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung São Paulo begleitet, die zum Thema Mobilität und Freier Nahverkehr⁷ arbeiten. Zuletzt konnte die Bewegung in vielen Städten punkten und hat mittlerweile in 75 brasilianischen Städten immerhin einen Teil ihrer Forderungen umgesetzt. Von den landesweit 75 Städten wird jedoch ein Drittel von rechtsradikalen Kräften regiert. Das Thema Passe livre hat sich längst zu einem Politikum entwickelt, das weit über Transportfragen hinaus geht. Das hat nun auch die PT und die Regierung Lula erkannt, die im Juli endlich ihre Unterstützung für den Themenkomplex Passe livre zugesagt hat, um die faire Mobilitätsfrage nicht den Rechten zu überlassen.

⁶ <https://www.mpl.org.br/>

⁷ <https://rosalux.org.br/product/cartilha-vale-transporte/>

Brasil de Fato berichtet, dass als Folge der Pandemie die ÖPNV Preise in der Stadt Curitiba zuletzt auf 6 Reais für eine Fahrt angestiegen waren. 3,5 Millionen Personen sind täglich auf öffentliche Transportmittel angewiesen und nutzen diese. Jetzt war allerdings eine Schmerzgrenze überschritten, bei der die Bevölkerung nicht mehr mitgehen konnte. Nach Verhandlungen von Passe livre wurden 3 zusätzliche Buslinien eingerichtet, die Personen aus den Außenbereichen der Stadt kostenlos zu einem zentralen Punkt im Zentrum beförderten.

Studie belegt besorgniserregenden Anstieg der Gewalt gegenüber Frauen

Eine neue Studie⁸ des Forum Brasileiro de Segurança Pública über Gewalttaten in Brasilien vom Juli 2023 belegt, dass Frauen im Jahr 2022 6,6% häufiger Opfer von Gewalttaten wurden. Allein in São Paulo wurde ein Anstieg von 43% verzeichnet. 2022 war zudem der traurige Rekord aller Vergewaltigungsstatistiken bisher. Knapp 75.000 Vergewaltigungen wurden gemeldet, man muss davon ausgehen, dass die wahren Zahlen noch viel höher liegen, da viele der Opfer aus Scham das Verbrechen nicht zur Anzeige bringen. Der alarmierende Bericht belegt zudem, dass 6 von 10 Opfern jünger als 13 Jahre sind.

Die Ministerin für Frauen und Familien macht fehlende Finanzen in staatlichen Programmen zur Unterstützung und Förderung der Unabhängigkeit von Frauen dafür verantwortlich, dass der Ausbruch aus der Opferrolle in Gewaltsituationen problematisch sein kann. Die Rhetorik der zurückliegenden Jahre einer Bolsonaro Regierung haben als Legitimation für eine Gruppe homophober und frauenfeindliche Machistas hergehalten. In der Ära Bolsonaro ist zudem durch Lockerung der Waffengesetze und die Neuvergabe von Waffenlizenzen die Zahl der CACs (Sportschützen, Waffensammler*innen oder Jäger*innen mit Waffen) um das Siebenfache angestiegen. Die Gewaltspirale kann also schnell eskalieren, Opfer werden mit Waffen gefügig gemacht oder erschossen.

Die Datenanalyse ergibt darüber hinaus, dass die Gewalt mit Tötungsfolge in der Region Amazônia legal am höchsten ist, während sie im Süden des Landes eher zurück geht. Laut der Statistik liegt die Mordquote (beabsichtigte Tötung) in Städten von Amazônia legal 54% über dem Landesdurchschnitt. Am meisten Tötungen verzeichneten die Bundesstaaten: Acre (21%), Mato Grosso (18,9%) und Rondônia (14%). Konflikte mit dem organisierten Verbrechen, Gefängniswesen und Drogenhandel sind in diesen Gebieten häufig. Es gibt in Amazonien aktuell 17⁹ verschiedene Kartelle der organisierten Kriminalität. Besorgniserregend ist zudem ihre Verflechtung mit Umweltverbrechen wie dem illegalen Goldabbau, illegalem Holzeinschlag, Landraub, sie machen weder vor Gesetzen noch vor indigenen Schutzgebieten Halt.

Schwerpunktthema: Stopp EU Mercosur! Alternativgipfel zum CELAC Gipfel in Brüssel

CELAC ist die Staaten-Gemeinschaft von Lateinamerika und Karibik aus 33 Staaten, die den politischen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten verbessern soll. Alle souveränen Staaten außerhalb USA und Kanada sind darin regional zusammengefasst. Eigentlich trifft sich der Verbund alle zwei Jahre. Bolsonaro hatte Brasilien aus den Gesprächen genommen, die nun unter Präsident

⁸ <https://forumseguranca.org.br/wp-content/uploads/2023/07/anuario-2023-infografico.pdf>

⁹ https://forumseguranca.org.br/publicacoes_posts/violence-in-the-brazilian-amazon-rainforest/

Lula wieder aufgenommen werden. Am 17. Und 18. Juli fanden in Brüssel Gespräche der lateinamerikanischen Präsidenten mit EU Parlamentarier*innen und europäischen Staatschefs statt.

Parallel dazu wurde ein Alternativgipfel der kritischen Zivilgesellschaft organisiert, zu dem 160 Aktivist*innen von über 100 Organisationen aus europäischen und lateinamerikanischen Ländern kamen. Zunächst fand eine Konferenz im EU Parlament statt und anschließend ein Strategietreffen des Bündnisses Stopp EU Mercosur, um den weiteren Protest zu organisieren.

Aus Brasilien nahmen Mitglieder eines Bündnisses der Gegner*innen zum EU Mercosur [A Frente Brasileira Contra o Acordo UE-Mercosul](#) von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Bewegungen teil (FASE, Rebrip, Jubileu Sul, MAM), außerdem sprachen Vertreter*innen der Gewerkschaft CUT und des brasilianischen Indigenenverbands APIB bei der Zusammenkunft. Im EU Parlament waren zudem Abgeordnete der PT und PSOL vertreten und ergänzten die Kritik aus ihrer Perspektive. Eingeladen wurde das kritische zivilgesellschaftliche Bündnis von den europäischen Linken, Sozialdemokraten und Grünen (Österreich).

Die Kritikpunkte der brasilianischen Gruppe richtet sich gegen die Asymmetrie in Bezug auf Forderungen aus Europa. Europa selbst erfülle keine Forderungen auf mehr soziale globale Gerechtigkeit, ökologische Sicherung, Degrowth oder ein Wirtschaftsmodell jenseits der kapitalistischen Praktiken. Diese stellen den ökonomischen Gewinn über alles andere und lassen Menschenrechte, Rechte der Natur sowie postkoloniale Gesichtspunkte außer Acht. Grundsätzlich wurde der Ausschluss der Zivilgesellschaft von den Verhandlungsdetails und Vertragsinhalten bemängelt. Partizipation von Zivilgesellschaft würde damit unmöglich gemacht.

Die letzten Gespräch innerhalb des CELAC mit der EU waren 2015. Das Interesse von Deutschland und EU am Partner Brasilien ist hoch, wie die Besuche zahlreicher Politikerdelegationen in den Monaten seit der Amtseinführung der Regierung Lula in Brasilien zeigen. Auch Deutschlands Politiker*innen zeigten sich interessiert und engagiert. Unter Bolsonaro war der Amazonasfonds eingefroren worden, die Klimadiplomatie war zum Erliegen gekommen. Heute zeigt eine deutsche Regierung mit grüner Beteiligung ein starkes Interesse, Wald- und Klimaschutzinteressen neu in Projekte und Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit zu verankern. Dahinter stehen gleichzeitig auch geopolitische Interessen, was die brasilianische und lateinamerikanische Seite sehr wohl wahrnimmt. Sowohl die Energiewende in Deutschland als auch der Krieg Russlands mit der Ukraine Deutschlands schaffen einen erhöhten Bedarf an Rohstoffen und Energie sowie sicheren Partnerschaften bzw. einer Diversifizierung derselben. Brasilien spürt das starke Interesse Europas und wähnt sich in einer starken Verhandlungsposition, da im Falle eines Nichtzustandekommens von EU Mercosur China als starker Handelspartner zur Verfügung steht. Und dies – ohne dass Zusatzprotokolle zum Schutz der Umwelt und gegen globale Entwaldung - zum Tragen kommen.

Im Vorfeld des EU Mercosur CELAC Gipfels in Brüssel hat die zivilgesellschaftliche Opposition gegen die Handelsabkommen EU Mercosur- und EFTA Mercosur EFTA (Schweiz, Island, Norwegen und Liechtenstein) sich virtuell getroffen und eine Stellungnahme abgegeben. Das brasilianische Bündnis gegen beide internationale Handelsabkommen setzt sich zusammen aus 134 Organisationen wie Amigos da Terra Brasil, Contraf Brasil, FASE, INESC, Internacional dos Serviços Públicos, Processo de Articulação e Diálogo (PAD), REBRIP e Rede Jubileu Sul. Bei dem Treffen Ende Juni waren zahlreiche NROs, Vertreter*innen von Sozialen Bewegungen und politische Mandatsträger*innen anwesend: Articulação dos Povos Indígenas do Brasil (APIB), Centro de pesquisa e Assessoria - ESPLAR, Centro Palmares de Estudos e Assessoria por Direitos, Comissão Pastoral da Terra, CONAQ, Conselho Pastoral dos Pescadores, CUT, Federação Nacional dos Enfermeiros (FNE), Fórum Suape, Greenpeace, Instituto de Estudos Estratégicos de Petróleo Gás Natural e Biocombustíveis Zé Eduardo Dutra (INEEP), Instituto Marielle Franco, Instituto Pacs, Justiça nos Trilhos, Marcha Mundial das Mulheres (MMM),

Movimento pela Soberania Popular na Mineração (MAM), MCP - Ceará, Movimento Nacional de Direitos Humanos, Plataforma Cipó, Rede Brasileira de Justiça Ambiental (RBJA), Rede Cerrado; Guilherme Tampieri, do mandato da deputada federal Duda Salabert; außerdem die Mitgliedsorganisationen des Oppositionsbündnisses.

Einer der Hauptstreitpunkte aus der Sicht der Europäer*innen ist das Zusatzprotokoll zur Entwaldungsbekämpfung von 2023. Brasilien müsste als Risikoland mit niedrigem oder mittlerem Risiko eingestuft werden. Die Kategorien beschreiben die Überwachung/Monitoring und welche Maßnahmen ein Land ergreifen muss, um seine Entwaldung zu senken. Das Gesetz wäre die Grundlage für Handelsverträge, die z.B. Entwaldungsfreiheit für Produkte vorsehen und die Lieferkette dem Endverbraucher gegenüber transparent machen.

Für Brasilien bedeutet dies, dass Agrarprodukte von Flächen, die ab xx gerodet wurden, nicht in das Handelsabkommen einfließen könnten. Dies betrifft vor allem Produkte wie Rindfleisch, das aus entwaldungsfreien Lieferketten stammen muss, um in die EU importiert zu werden. Rastreabilidade??

Das Bündnis der Gegner der Abkommens verweist darauf, dass das Abkommen nur Auflagen und Forderungen (Waldschutz) für Brasilien stellen und mit keinem Wort die Verantwortung Europas für mehr Gerechtigkeit, Umweltschutz, Degrowth in Bezug auf Energie-, Flächen- und Ressourcenverbrauch in das Abkommen integriert habe. So entsteht eine starke Assymetrie mit dem typisch kolonial geprägten Nord-Süd-Gefälle, das im Globalen Süden auf Kritik stößt.

Im Bericht einer Teilnehmenden des Bündnisses aus Brüssel wurde darauf hingewiesen, dass die EU-Parlamentarier*innen kein Interesse an neuen Verhandlungen hätten. Die Einschätzung, ob Lula dem Abschluss des Abkommens Priorität einräumen würde, waren vor dem Gipfel in Brüssel unterschiedlich. Innerhalb der EU wurde auch die Deadline Ende 2023 bzw. maximal Januar 2024 gehandelt, da das EU Parlament 2024 neu gewählt wird und sich die Zusammensetzung ändern wird.

134 zivilgesellschaftliche brasilianische Akteure haben ein Positionspapier gezeichnet, das sich für eine Neuverhandlung des EU Mercosur; EFTA Mercosur Abkommens ausspricht. Notwendige Veränderungen betreffen Beteiligungsmechanismen, die Entwaldungsbekämpfung, die Hunger- und Armutsbekämpfung, Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Ihre Kritik wendet sich dagegen, dass Sanktionen und Auflagen ausschließlich für die Mercosurländer formuliert wurden, was zu einer starken Assymetrie und Einseitigkeit der Verantwortlichkeiten und Machtausübung führt. Das Zusatzprotokoll habe keine praktische Auswirkung auf den Umweltschutz in Lateinamerika. Umweltschutzinstrumente sind nur unter Beteiligung von traditionellen Völkern und Gemeinschaften und lokale Bevölkerung gemeinsam entwickelt werden. Die Gruppe spricht die Hoffnung aus, dass in Neuverhandlungen die traditionellen Völker und Gemeinschaften des Globalen Südens als Akteure in Handelsbeziehungen integriert werden. Diese Formulierung von öffentlichem Interesse, Menschenrechten, Umweltschutz oder Schutz des Gemeinwesens Buen Vivir? und die Entwicklungsmöglichkeiten traditioneller Völker und Gemeinschaften würden priorisiert vor dem reinen wirtschaftlichen Nutzen. Diese Ziele können gemeinsam in der Allianz mit anderen Ländern im internationalen Kontext erreicht werden, die gemeinsam die Prinzipien Demokratie, Solidarität, Gleichheit, Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit verfolgen.

Präsident Lula und Außenhandelsminister Celso Amorim hatten sich im Vorfeld mehrfach zur Ungleichheit der Verhandlungspartner und dem neokolonialen Charakter des Abkommens geäußert. So wurde das Abkommen hinter verschlossenen Türen von Europa ausgehandelt. Der Vertragstext ist der Zivilgesellschaft bis heute nicht bekannt. Brasilien wolle zudem nicht länger in die Rolle des Primärrohstofflieferanten eines europäischen Markts gedrängt werden. Was fehlt, ist ein erkennbares

zusätzliches Engagement Europas, um die gestiegene soziale Ungerechtigkeit in der Region aufzufangen.

Die europäische Seite hingegen beklagt, dass die Mercosur Länder bis zu den Verhandlungen keinen Gegenvorschlag vorgelegt haben. Für weitere strategische Debatten wurden vom EU Parlament Mitte Juli zwei Tage angesetzt, damit europäische und lateinamerikanische Zivilgesellschaft sowie politische Vertreter*innen miteinander diskutieren können.

Kritikpunkte der Brasilianer*innen betreffen das Agrar- und Entwicklungsmodell, was vom Abkommen verstärkt würde.

Greenpeace betonte: Das Abkommen fördert die globale Produktion und den Handel von Rindfleisch und Soja aus Brasilien nach Europa. Umgekehrt werden aus der EU bevorzugt Verbrennermotoren... und der Export von Pestiziden begünstigt würde, die innerhalb der EU nicht zugelassen sind

Die Kritik Lulas wendet sich u.a. gegen Paragraphen, der das Beschaffungswesen der Regierung betrifft. Bislang hat die Regierung hier Regulierungsmöglichkeit genutzt. Sie hat beispielsweise in Lulas letzter Amtszeit Produkte aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Schul- und Kindergartenkantinen verarbeiten lassen. Es entstand für beide Seiten eine günstige Situation. Die Kinder bekamen ein regelmäßiges Mittagessen aus gesunden Lebensmitteln angeboten. Die kleinbäuerlichen Produzent*innen hatten einen sicheren Absatzmarkt für ihre Produkte. Mit dem EU Mercosur Abkommen wie es 2019 verhandelt wurde, wäre dieses Gleichgewicht nicht haltbar. Denn europäische Produzent*innen könnten sich im Bieterverfahren um einen Zuschlag bewerben. Dies würde dazu führen, dass ein Preisdruck entsteht, bei dem womöglich kleineren Produzent*innen aus Brasilien nicht mithalten können. Die neue Regelung würde zudem der Regierung einen Steuermechanismus entziehen, der innerhalb Brasiliens sowohl Einkommen generiert als auch Hunger bekämpft.

In Brüssel fanden zeitgleich zum CELAC EU Mercosur Treffen der Präsidenten ein Alternativgipfel und ein Strategietreffen der kritischen Zivilgesellschaft statt.

Kretã Kaingang, einer der vier Koordinatoren des Indigenendachverbands APIB forderte, dass die Rechte indigener Bevölkerung im Abkommen verankert werden müssen.

Aktuelles aus Deutschland und Europa

Dekoloniale Kämpfe. Nunca mais um Brasil sem nós! Nie wieder ein Brasilien ohne uns! **Die Fachtagung Runder Tisch Brasilien findet vom 20.-22.10.2023 in Bonn statt.** Auf der KoBra Webseite finden sich Programm¹⁰ und Anmeldung¹¹.

Um gesellschaftliche Transformation für mehr Gerechtigkeit weltweit voranzubringen, rückt das Thema Dekolonisierung immer mehr ins Zentrum der Diskussionen und Auseinandersetzungen. Lulas Regierung hat die intersektionalen Kämpfe auf die Agenda gesetzt. Doch nicht alle im Land verfolgen die gleichen Ziele. Wie gehen die sozialen Bewegungen damit um? Welche Strategien verfolgen sie, um Ihre Forderungen durchzusetzen? Wie ist die Bilanz nach einem Jahr Regierung Lula? Wo konnten Fortschritte erzielt und neue Bündnisse geschlossen werden?

Dekoloniale Kämpfe betreffen auch das Verhältnis zwischen Brasilien und Europa. Koloniale Kontinuitäten und Rassismus sind in politischen Machtverhältnissen, der internationalen

¹⁰ https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2023-1/rtb-2023_final.pdf

¹¹ <https://pretix.eu/kobra/rtb23/>

Zusammenarbeit, im Kultur- und Kunstbetrieb, aber auch in unseren Sprach- und Denkmustern wirksamer als vielen bewusst ist. Gemeinsam mit Gästen aus Brasilien werden wir dem nachgehen. Intersektionale Kämpfe gegen strukturellen Rassismus, Machismus und religiöse Intoleranz prägen den Alltag vieler Gemeinschaften. Ethnische Minderheiten fordern ihre geraubten Kulturgüter von Museen zurück. Die internationale Kooperation zeigt Ansätze, um Zusammenarbeit dekolonialer zu gestalten. Klimagerechtigkeit, soziale Chancengleichheit, Bewahrung der ökologischen Vielfalt und Ernährungssouveränität sind die gemeinsamen Ziele.

Die Tagung findet in deutsch-portugiesischer Sprache statt. Eine Kinderbetreuung wird angeboten. Kinder bis 3 Jahre nehmen kostenlos teil.

Im Vorfeld der Tagung wird es wieder einen aktuellen Tagungsreader (Brasilicum) geben.

Das **Haus der Kulturen der Welt in Berlin** zeigt eine klug angelegte Ausstellung über O Quilombismo. Gemeint ist die globale Schwarzen Bewegung mit ihren unterschiedlichen Kämpfen, aber auch mit ihrem kulturellen und gemeinwesenorientierten Erbe. Das HdK betont die positiven und zukunftsweisenden Elemente des Quilombismo, zeigt seine alternativen demokratisch-egalitären Seiten mit Beispielen aus verschiedenen Orten der Welt. Für weiße Menschen eine lehrreiche Schau, - da in Europa häufig die bedürftige und unterdrückte Seite schwarzer Menschen die Wahrnehmung dominiert. Der Kampf gegen Strukturellen Rassismus, Gewalt, Benachteiligung und Unterdrückung eint Menschen, die sich in unterschiedlichen Länderkontexten auf Grund ihrer Hautfarbe, Kaste, Religion, ethnischen Zugehörigkeit oder ihres Geschlechts in Unterdrückung befinden. Kreuzen sich mehrere dieser Merkmale spricht man von Intersektionalität.

Für die Ausstellung wurde ein Begleitbuch herausgegeben, das für Brasilieninteressierte eine spannende Lektüre bietet: O Quilombismo vereint Texte über Zumbi, schwarzen kulturellen Widerstand, das ABC des Quilombismo u.a.

Unter dem Stichwort „ Amazonien schützen! Indigene Gemeinden unterstützen! Engagiert sich die Berliner Initiative „Berlin aktiv im Klima-Bündnis“. Auf der Projektwebseite¹² werden regelmäßig Hintergrundinformationen und Veranstaltungen angeboten. Im Bündnis sind folgende Organisationen aktiv: Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt ([ASW](#)), Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag ([BER](#)), Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika ([FDCL](#)), Lateinamerika-Forum Berlin ([LAF](#)), Lateinamerika Nachrichten ([LN](#)), [kolko](#) – Menschenrechte für Kolumbien. Ihr Ziel ist der Aufbau eines Munduruku Kultur- und Bildungszentrums in Amazonien.

¹² <https://eineweltstadt.berlin/themen/klima-und-ressourcen/ini-berlin-aktiv-im-klima-buendnis/>

